

## WIRTSCHAFT UND ETHIK

Social Freezing

# Kinderwunsch auf Eis

Die US-Firmen Facebook und Apple bezahlen ihren Mitarbeiterinnen das Einfrieren von Eizellen, damit sie ihren Kinderwunsch aufschieben und sich zunächst auf ihre Karriere konzentrieren können. Ist das ein Weg zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ein unzulässiger Eingriff des Arbeitgebers in die Privatsphäre seiner Mitarbeiter?

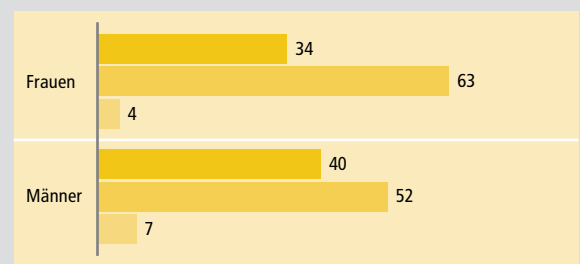
Die Förderung und Erleichterung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist ein zentrales Ziel der Familienpolitik. Die Instrumente sind beispielsweise Diversity-Maßnahmen und Vorschriften wie die Frauenquote für Aufsichtsräte von Großunternehmen. Selbst ohne solche staatlichen Eingriffe sind Frauen aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend als Fachkräfte gefragt. Doch wenn der Kinderwunsch konkret wird, fangen für die meisten berufstätigen Frauen die Probleme an. Trotz vieler politischer Anstrengungen und Unterstützungsangebote von Unternehmen lassen sich Kind und Karriere nach wie vor nur schwer miteinander vereinbaren. Immerhin sind in Deutschland rund 72 Prozent der Frauen zwischen 20 und 64 Jahren erwerbstätig. Viele schränken aber ihre Arbeitszeit im Alter zwischen 25 bis 49 Jahren deutlich ein oder geben ihren Job sogar ganz auf, um ihre Kinder zu betreuen (iwd 25/2014).

Die neue Technik des Social Freezing bietet Frauen nun die Chance, den Zeitpunkt der Geburt zu verschieben und somit Kind und Karriere besser miteinander zu verbinden. In dem Verfahren entnehmen Ärzte – im Idealfall: jungen – Frauen Eizellen, um diese anschließend schockgefroren aufzubewahren. So wird die biologische Uhr der Frauen angehalten, denn die Frauen können mit Hilfe ihrer eingefrorenen Eizellen auch noch im Alter von mehr als 50 Jahren schwanger werden. Ursprünglich wurde das Verfahren entwickelt, damit Krebspatientinnen nach einer Chemotherapie noch Kinder bekommen können.

### Die Skepsis überwiegt

"Die Firmen Facebook und Apple zahlen ihren Mitarbeiterinnen auf Wunsch das Einfrieren ihrer Eizellen, damit sie das Kinderkriegen hinausschieben und erst einmal Karriere machen können. Finden Sie das grundsätzlich richtig, dass Frauen diese Möglichkeit nutzen?"

ja    nein    weiß nicht/ keine Angabe



Quelle: TNS Emnid, 2014

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW - WUEA

Die Methode an sich ist also nichts Neues. Neu und daher aufsehenerregend war aber, dass die US-Firmen Facebook und Apple ihren Mitarbeiterinnen die Behandlung mit bis zu 20.000 US-Dollar finanzieren. Die dahinterstehende Idee: „Erst die Karriere, dann die Kinder.“ Dürfen und sollten Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen durch diese an Bedingungen geknüpften Transfers ermutigen, den Kinderwunsch hinauszuzögern und sich in jungen Jahren ausschließlich der Karriere zu widmen? Wie ist dies ethisch zu bewerten?

Die Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), Marie-Luise Dött, kritisiert dieses Vorgehen als „unmoralisch und familienfeindlich“. Andere sehen hingegen einen weiteren Schritt in der Emanzipation der Frau, weil diese von biologischen Zwängen befreit werden. Unter medizinischen Gesichtspunkten ist die Erfolgsquote des Social Freezing deutlich höher als die einer klassischen künstlichen Befruchtung. Mediziner warnen aber auch vor dem medizinisch nicht notwendigen Eingriff in den Körper gesunder Frauen, die auch auf natürlichem Wege schwanger werden könnten.

**iW.KÖLN.WISSEN  
SCHAFFT KOMPETENZ.**

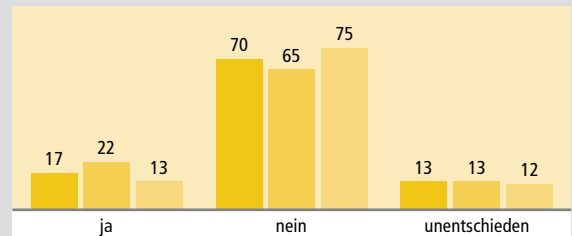
Aber nicht die Diskussion über das Für und Wider des Social Freezing selber ist die unternehmensethisch relevante Frage, sondern vielmehr, ob sich Arbeitgeber in die Kinderplanung einmischen sollten. Es macht einen Unterschied, ob Frauen aus freien Stücken ihrer Karriere den Vorrang geben, ob sie sich für Social Freezing entscheiden, weil sie in jungen Jahren nicht den passenden Partner gefunden haben, oder aber, ob der Arbeitgeber versucht, den Zeitpunkt der Familienplanung durch die Kostenübernahme indirekt zu beeinflussen.

Eine aktuelle Befragung von TNS Emnid im Auftrag der Wochenzeitung Die Zeit hat ergeben, dass 63 Prozent der befragten Frauen und 52 Prozent der Männer es nicht richtig fänden, wenn Frauen die Sonderleistung Social Freezing ihres Arbeitgebers in Anspruch nehmen würden (Grafik 1). 34 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer hätten dagegen kein Problem mit dieser Praxis. Auch wenn also nicht zu erwarten ist, dass die Mehrzahl der Frauen eine derartige Leistung sofort in Anspruch nehmen würde, entsteht ein impliziter Druck, diese Option zu nutzen. Zum einen kommen die Frauen, die sich für das Social Freezing entscheiden, beruflich schneller voran, da sie die Babypause erst nach dem Karrieresprung nehmen müssen. Zum anderen entwickeln sich Angebote, die mit einem finanziellen Anreiz verbunden sind, schnell zur Norm. So hat sich zum Beispiel durch die Einführung des Elterngeldes das Verhalten vor allem der Väter verändert, weil die volle Förderung nur gezahlt wird, wenn beide Elternteile das Arbeiten unterbrechen. Auch das arbeitgeberfinanzierte Social Freezing erzeugt indirekt sozialen Druck, die Schwangerschaft zu verschieben – unter Umständen gegen den eigentlichen Wunsch. Ist eine solche Wirkung gewünscht und moralisch akzeptabel?

Bei der Ableitung einer wirtschaftsethischen Position hilft die grundsätzliche Zuordnung zu Verantwortungsebenen (vgl. Enste/ Wildner, 2014). Dabei sind die individuelle, die unternehmerische und die staatliche Ebene zu unterscheiden, auf denen jeweils Lösungen für Dilemmata gefunden werden können und sollten. Die Frage, ob und wann jemand ein Kind bekommen möchte, ist eine private, individuelle Entscheidung der betroffenen Paare. Die Wünsche und Interessen Dritter sollten ausschließlich freiwillig von den Betroffenen berücksichtigt werden. Die Aufgabe der Unternehmen ist es demnach nicht, die individuelle Lebensplanung durch bedingte Transferzahlungen zu beeinflussen, sondern generell familienfreundliche Arbeitsstrukturen zu schaffen. Zahlreiche Angebote stellen Arbeitgeber bereits heute zur Verfügung, um die Ausfallzeiten der Arbeitskräfte zu verringern – und diese greifen weniger in die

### "Lassen sich Familie und Beruf alles in allem gut miteinander vereinbaren?"

■ Eltern insgesamt  
 ■ Väter von Kindern unter 18 Jahren ■ Mütter von Kindern unter 18 Jahren



Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2013

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW - WUE4

individuelle Entscheidungsfreiheit ein als das Social Freezing: Flexible Arbeitszeiten, Betriebskindergärten und Home-Office-Angebote setzen am Faktor Zeit an und erleichtern die Babypause. Unternehmen, die das erkannt haben, profitieren nicht nur von geringeren Ausfallzeiten, sondern auch von einer erhöhten Attraktivität für Mitarbeiter und Bewerber. Wie die Personalmarketingstudie 2012 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeigt, sind familienfreundliche Arbeitgeber gefragt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt für 91 Prozent der befragten Beschäftigten zwischen 25 und 39 Jahren eine wichtigere oder eine ebenso wichtige Rolle wie das Gehalt (vgl. AzU 6/2014). Viele Arbeitnehmer können sich sogar einen Wechsel des Unternehmens vorstellen, wenn sie bei einem neuen Arbeitgeber Kind und Karriere besser vereinbaren können. Darüber hinaus stehen diese Maßnahmen allen Mitarbeitern – Frauen wie Männern – zur Verfügung.

Auch der Staat sollte sich beim Social Freezing heraushalten und zum Beispiel die Kostenübernahme durch die Krankenkassen nicht ausweiten. Denn über die oben genannten Argumente hinaus ist auch aus gesellschaftlicher Sicht nicht klar, welche Folgewirkungen die Prozedur hat. Warum sollte es für eine Gesellschaft sinnvoller sein, wenn Frauen die Auszeit erst mit Mitte 40 oder 50 nehmen? Über den gesamten Lebenslauf betrachtet verschiebt sich die Babypause lediglich; damit ist keine Arbeitszeit gewonnen. Jeder einzelne sollte möglichst ohne verzerrende Anreize seine Entscheidung für ein Kind treffen – das Geld fürs Social Freezing sollte nicht zweckgebunden fließen, sondern beispielsweise für den Ausbau der Kinderbetreuung genutzt werden. Das Social-Freezing-Verfahren kann für einzelne Frauen aus ihrer individuellen Lebenssituation heraus Vorteile bieten, stellt aber keine nachhaltige Lösung für Eltern dar. Herausforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden nicht gelöst, sondern lediglich vertagt.

## Globalisierung

## Frieden durch mehr Handel?

**Handel ist ein wesentlicher Grund für das Wachstum der Weltwirtschaft. Ob er auch entscheidend für die Verbreitung von Frieden ist, oder etwa Militärallianzen hierfür wichtiger sind, haben zwei Wissenschaftler der Stanford-Universität untersucht.**

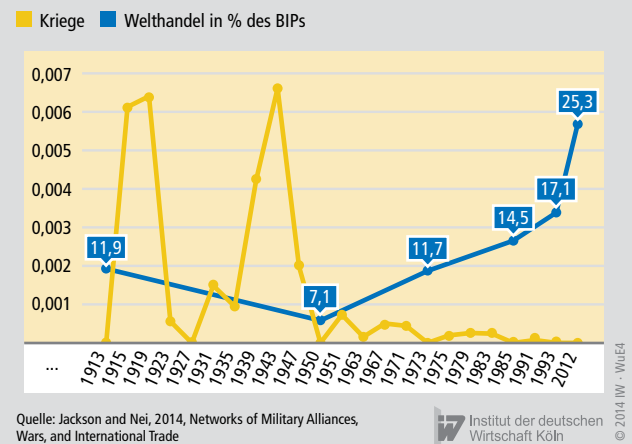
Nach monatelangen Auseinandersetzungen haben sich die 160 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation WTO auf ihr erstes Abkommen zur Vereinfachung des internationalen Warenaustausches geeinigt. Die Handelsorganisation erwartet dadurch einen zusätzlichen Nutzen für die Weltwirtschaft zwischen 400 Milliarden und 1.000 Milliarden US-Dollar. Doch freier Handel verbessert nicht bloß die wirtschaftliche Situation von Unternehmen und Verbrauchern, sondern fördert auch das friedliche Zusammenleben. Ob die friedensstiftende Wirkung des Handels größer ist als beispielsweise die von Militärallianzen, ist aber umstritten. Auch Militärallianzen stellen eine Verbindung zwischen Staaten her, die vor Kriegen schützt. Welche Form der internationalen Kooperation mehr dazu beigetragen hat, Kriege zu verhindern, untersuchten die zwei Wissenschaftler Matthew Jackson und Stephen Nei von der Stanford-Universität. Sie analysierten, welche Vorteile sich für Staaten ergeben, wenn sie ein anderes Land angreifen – und wie Militärallianzen oder Handelsallianzen das Kalkül beeinflussen.

Die Wissenschaftler stellen fest, dass Allianzen, die nur auf militärischen Beziehungen beruhen, nicht beständig für Frieden sorgen. Handelskooperationen dagegen können Kriege wirkungsvoller verhindern: Zum einen entsteht eine ökonomische Motivation, die Handelsallianz zu erhalten, weil sonst der Handel unterbrochen wird, zum anderen will ein Staat nicht nur den Frieden mit seinem Handelspartner erhalten, sondern entwickelt auch ein Interesse, den Handelspartner vor Angriffen Dritter zu schützen, um den Handel aufrecht zu erhalten.

Anhand von historischen Daten über Kriege und Handelsbeziehungen zwischen 1816 und 2003 zeigen Jackson und Nei, dass die Verdichtung und Stabilisierung von Allianzen mit dem deutlichen Rückgang von zwischenstaatlichen Kriegen nach 1950 einhergeht, und dass der Rückgang nicht allein durch Militärallianzen erklärt werden kann, sondern Handelsallianzen

einen wesentlichen Erklärungsgehalt besitzen. Zum Beispiel zeigt sich in den beiden Weltkriegen, dem Vietnam Krieg und dem Korea Krieg wie groß der Einfluss von Netzwerken ist. Hier standen sich nie alliierte Koalitionen gegenüber.

**Kriege pro Kooperationspaar pro Jahr und Welt-handelsexporte in Prozent des Bruttoinlandsproduktes**



Die Allianzen nahmen nach dem zweiten Weltkrieg deutlich zu: Zwischen 1816 und 1950 unterhielt ein Land im Durchschnitt 2,5 Allianzen und die Wahrscheinlichkeit, dass eine Allianz in den nächsten fünf Jahren auseinanderbricht lag bei einem Drittel. In dem darauffolgenden Zeitraum von 1951 bis 2003 vervierfachte sich die Anzahl auf 10,5 Allianzen, und die Wahrscheinlichkeit dass eine Allianz in den nächsten fünf Jahren auseinanderbricht sank auf fünf Prozent. Mit der Entwicklung der Handelsnetze ging ein Rückgang der Kriege einher: Im Zeitraum zwischen 1820 und 1959 gab es zwischen Kooperationspartnern durchschnittlich 0,00056 kriegerische Auseinandersetzungen pro Jahr (Grafik). In den darauffolgenden Jahren von 1960 bis 2000 sank die Anzahl um mehr als ein Zehntel.

Tatsächlich stieg der globale Handel nach dem Zweiten Weltkrieg zügig an, unter anderem auf Grund des Wachstums der Containerschifffahrt und auch, weil die Menschen in vielen Ländern mehr Einkommen zur Verfügung hatten. Ein Staat, der an dem Wohlergehen seines Handelspartners interessiert ist, macht sich diesen nicht zum Feind. Langfristige Handelsbeziehungen vermindern somit Kämpfe und Kriege. Die Globalisierung hat in diesem Sinne friedensstiftend gewirkt.

## Entwicklungszusammenarbeit

## Ausgezeichnete Idee für mehr Demokratie

Die aktuellen Konflikte in Syrien, Irak und der Ukraine werfen einmal mehr die Frage auf: Wie kann Demokratie und Freiheit in der Welt gefördert werden? Frühzeitige Entwicklungszusammenarbeit ist häufig die Antwort. Ein Vorschlag für eine effektivere Entwicklungszusammenarbeit wurde jetzt mit dem Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik ausgezeichnet.

Die Förderung von Demokratie und Freiheit sind erklärte Ziele der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Dilemma dabei ist jedoch, dass finanzielle Unterstützung undemokratischer Entwicklungsländer implizit deren autoritäre Regime stärkt. Denn diese gewinnen zum einen an Legitimität, wenn sich unter ihrer Herrschaft die Wirtschaftslage verbessert. Zum anderen fließen den Regimen selbst finanzielle Mittel zu, mit denen sie ihre Ziele verfolgen können. Dadurch können sich undemokratische und freiheitsfeindliche Strukturen in geförderten Entwicklungsländern stabilisieren. Sanktioniert man aber undemokratische Länder, so sind die Hauptbetroffenen die Bürger. Hier besteht also ein Konflikt zwischen Armutsbekämpfung und Demokratieförderung.

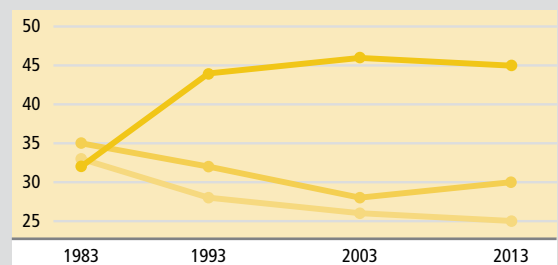
Wie dringend dieses Dilemma überwunden werden muss, zeigt der jährliche Index "Freedom in the World" der internationalen Organisation Freedom House. Dieser stuft die Länder anhand verschiedener Indikatoren in Bezug auf Persönlichkeits- und Freiheitsrechte ein. Trotz Verbesserungen in den vergangenen 20 Jahren leben die Menschen in 25 Prozent der Länder der Welt noch immer in unfreien Systemen (Grafik). 30 Prozent der Länder, darunter zum Beispiel die Ukraine oder Tunesien, fallen in die Kategorie „teilweise frei“, genießen also nur eingeschränkte Freiheitsrechte. 45 Prozent aller Staaten gelten als „frei“.

Entwicklungszusammenarbeit zu überwinden, schlägt der Wirtschaftsethiker Dr. Christoph Altmann ein auf Wettbewerb basierendes System für die Entwicklungszusammenarbeit vor. Darin treten die hilfeschuchenden Länder in einen Wettbewerb um finanzielle Unterstützung, indem sie Demokratisierungsmaßnahmen einführen, ihren Bürgern also zum Beispiel mehr Mitbestimmungsrechte einräumen. Je wirkungsvoller die Maßnahmen, gemessen anhand von unabhängigen Indikatoren zu

Good Governance und Rechtsstaatlichkeit, desto größer die Zuwendungen. Um die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen zu gewährleisten, werden Teile der finanziellen Zuwendungen „eingefroren“ und erst nach und nach ausgezahlt, sofern die Länder keine Rückschritte machen.

## Entwicklung des Anteils der freien, teilweise freien und nicht freien Länder

Anteile der Länder nach Freiheitsstatus ■ frei ■ teilweise frei ■ nicht frei



Quelle: Freedom House

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW - WIE4

Mit der wissenschaftlichen Ausarbeitung dieses Vorschlags im Rahmen seiner Promotion gewann Altmann im Oktober 2014 den Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik. Diesen Preis vergibt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln seit 1992 alle zwei Jahre für herausragende Arbeiten rund um das Thema gesellschaftliche Verantwortung. Das Kuratorium begründete seine Entscheidung für den Preisträger mit der Innovativität des Ansatzes, der Praxisorientierung und zugleich theoretischen Fundierung. Sein Hauptverdienst, so der Laudator und renommierte Wirtschaftsethiker Professor Josef Wieland, sei, dass er die Diskussion „um eine grundsätzlich andere Perspektive, um eine neue Semantik zur Beschreibung und Analyse“ der Entwicklungszusammenarbeit erweiterte.

Genau diesen Prozess der Weiterentwicklung bestehender Denkstrukturen und etablierter Systeme unterstützt der Max-Weber-Preis. Auch wenn durch eine Dissertation weder die Ukraine-Krise, noch der Syrien-Konflikt gelöst werden können, so kann doch die Gestaltung und Entwicklung zukünftiger Strukturen beeinflusst und zum besseren gewandt werden. Durch die Übertragung ökonomischer Wettbewerbsprinzipien auf das System der Entwicklungszusammenarbeit hat der Preisträger nicht nur eine denkbare, sondern auch eine effiziente Alternative vorgeschlagen.